

Öffentliche



Zeitung

15 Pfennig

Begründet

1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): V. Rolf Galler in Berlin * Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 * Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 281, 15 282 bis 15 291

Der Friedensvertrag im Staatenausschuß.

Die Mitteilung der Ratifizierung.

Die Ratifikation des Friedensvertrages unterliegt heute, wie wir hören, in Weimar der Entscheidung des Staatenausschusses. Zugleich hielt heute das Reichskabinett eine Sitzung ab. Wenn der Staatenausschuß der Ratifikation zugestimmt hat, wird sich die Nationalversammlung am Mittwoch damit befassen. Die Sitzung der Nationalversammlung an diesem Tage wird nur kurz sein. Der Reichsminister des Auswärtigen Hermann Müller wird eine kurze Begrüßungsrede halten, an die sich keine Ansprache anschließt dürfte. Wenn die Nationalversammlung ihre Zustimmung zur Ratifikation erteilt haben wird, wird der Reichspräsident die Ratifikationsurkunde unterzeichnen. Der Inhalt dieser Urkunde wird nach Versailles telegraphiert werden und dort übergeben der Vorsitzende unserer Delegation Graf Herr von Bunsen dieses Telegramm dem Präsidenten der Entente-Delegation Clemenceau. Die unterschriebene Urkunde selbst geht später durch Artiere Versailles und wird überreicht werden. Die Programmrede des Ministerpräsidenten Bauer ist auf Donnerstag verschoben worden. An diesem Tage wird auch Reichsaussenminister Müller eine große Rede über die auswärtige Politik halten.

Reichsfinanzminister Erzberger wird, wie die P. N. R. erfahren, morgen in der Nationalversammlung sein großes Finanzprogramm geben. Der endgültige Termin der Einbringung der großen Vermögensabgabe steht noch nicht fest. Jedenfalls ist es der Wunsch des Ministers, sie noch im Juli vor die Nationalversammlung zu bringen.

Die Kriegergerichte.

Von einer Ministerkrise in Preußen, von der in diesen Tagen verschiedene Blätter zu berichten wußten, kann nach unseren Erkundigungen keine Rede sein. Die preußischen Minister, die gestern aus Weimar nach Berlin zurückgekehrt sind, sind dort nicht irgendwelcher Meinungsverschiedenheiten wegen gewesen, sondern waren zu ganz anderem Zwecke versammelt. Es handelte sich dort lediglich um die Lösung der oberösterreichischen Frage. Bei Gelegenheit der Verfassungsverhandlungen in der Nationalversammlung war daneben allerdings auch der Gedanke aufgetaucht, in die Reichsverfassung die Bestimmung aufzunehmen, wonach die zum Erlaß eines besonderen Reichsgesetzes den Einzelstaaten eine Abänderung der bestehenden schulgesehlichen Bestimmungen unterlagt werden sollte. Daß solche Bestimmung allerdings eine Bindung im Sinne des Zentrumsprogramms bedeuten und die Durchführung des gemeinsamen Programms der Mehrheitsparteien verhindert haben würde, liegt auf der Hand. Aus diesem Grunde erscheint es undenkbar, daß die Demokraten und Sozialdemokraten in der Nationalversammlung einer solchen Bindung ihre Zustimmung erteilen könnten. Ebenso klar ist es, daß das preußische Staatsministerium einer solchen Bindung entschiedensten Widerstand entgegenzusetzen würde. Wenn wir recht unterrichtet sind, hat sich bis zur Stunde das Staatsministerium mit dieser ganzen Frage nicht beschäftigt.

Auch die andere Frage, bei der es sich um Differenzen zwischen der Nationalversammlung und Preußen, nämlich um die territorialen Veränderungen innerhalb der Gliedstaaten und den Voraussetzungen eines dafür vorgesehenen Erlasses eines „verändernden Gesetzes“ handeln sollte, bietet keinen Anlaß zu einer Krise oder zu Kriegergerichten. In dieser Frage schweben noch Kompromißverhandlungen zwischen den Parteien. Die Regierungen haben sich bis zur Stunde auch mit diesem Problem nicht befaßt. Aus den wiederholten Erklärungen, die die Vertreter der preußischen Regierung in der Landesversammlung abgegeben haben, geht überdies zur Genüge hervor, daß die preußische Regierung jeder Gestaltung der Reichsverfassung, die die Zerstückelung Preußens fördern würde, ihre Zustimmung unter allen Umständen verweigern würde.

Frankreich und der Bolschewismus.

Meldung des Wolffischen Telegraphen-Büros.

Paris, 6. Juli.

Der sozialistische Deputierte Dolanowsky brachte in der französischen Kammer eine Resolutionsvorlage ein, der die Regierung auffordert, eine außerparlamentarische Kommission zum Studium der wirtschaftlichen und sozialen Methoden des Bolschewismus und ihrer Ergebnisse einzusetzen. Der „Temps“ bemerkt dazu, der Bolschewismus organisiert sich in Frankreich.

Man habe den Beweis, daß sich Sowjets gebildet hätten. Die öffentliche Meinung brauche sich allerdings nicht zu beunruhigen. Immerhin werde die Debatte in der Kammer die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Manöver der französischen Bolschewisten lenken. Die Diskussion über die Segnungen des Bolschewismus würden dann den weitesten Volkstreffen die Augen über den Bolschewismus öffnen.

Die Lebensmittelrevolten in Italien.

Drahtmeldung der „Wolffischen Zeitung“.

in Lugano, 7. Juli.

Die aufständische Bewegung in ganz Italien gegen die Lebensmittelteuerung hat sich weiter ausgedehnt und gibt zu den schwersten Befürchtungen Anlaß. In vielen Städten kam es zu Plünderungen von Kaufhäusern und zu Gewalttätigkeiten gegen die bewaffnete Macht. In Florenz und Brescia kam es zu förmlichen Straßenkämpfen, die viele Tote und Verwundete kosteten. In Alexandria, Pisa, Turin und anderen Städten wurden die Märkte und Lebensmittelgeschäfte vollkommen ausgeraubt. In Mailand wurden Hunderte von Geschäften geplündert, ohne daß die Polizei imstande war, einzuschreiten. Ueber 1000 Plünderer wurden festgenommen. Jetzt, da die Untätigkeit der Behörden solche Wirtungen gezeitigt hat, beilen sich die Regierung und Bürgermeister der einzelnen Städte, energische Maßnahmen gegen den Lebensmittelwucher zu ergreifen. So wurde in Mailand angeordnet, daß die Preise sämtlicher Bedarfsgegenstände von heute ab um 50 v. H. ermäßigt werden.

Paris, 6. Juli.

Gestern war nach Mailänder Zeitungsmeldungen Florenz (wie bereits gemeldet) der Schauplatz blutiger Zusammenstöße. Man hatte nach dem Aufruf der Arbeitskammer auf Beerdigung gehofft, tatsächlich kam es wieder in allen Stadtteilen zu Schlägereien, bei denen es viele Schwerverwundete und Tote gab. Die Truppen wurden von der Menge angegriffen, wobei zwei Offiziere erschossen wurden. Die von dem Florentiner Präfecten angeordnete Abschließung der Preise hatte das vollständige Verschwinden der Lebensmittel von dem Markt zur Folge.

Auch auf dem Lande kam es in den Provinzen Mittelitaliens zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Gutsbesitzern und den Abgesandten der Arbeitskammern, die in Automobilen Lebensmittel zu beschlagnahmen versuchten. Die Gutsbesitzer wehrten sich mit der Waffe, so daß auch von dem Lande zahlreiche Verwundungen gemeldet werden.

Neue Streiks in Oberschlesien.

Drahtmeldung der „Wolffischen Zeitung“.

in Breslau, 7. Juli.

Die Gärung unter den Bergarbeitern Oberschlesiens, von der wir bereits Ende voriger Woche Mitteilung machten, tritt nunmehr auch öffentlich in die Erscheinung. Im Hygieniker Steinkohlenrevier hat sie bereits zu dem angebrohten Ausstande geführt. Seit gestern reiht sich Grube um Grube dem Streik an. Die Forderungen sind unzweifelhaft politischer Natur. Es steht ebenso unzweifelhaft fest, daß wieder polnische Untertriebe im Spiele sind. Außer den schon bekannten Forderungen tritt als absonderliche Zumutung zum ersten Male die Forderung hervor, daß die deutsche Regierung die Löhne und die siebenstündige Arbeitszeit für den Fall der Abtretung Oberschlesiens an Polen garantieren soll. Im Ausstand befinden sich bereits folgende Gruben: Donnersmard, Emma, Römer, Blücher, Annagrube. Von der Charlottengrube streiken der Leofschacht, 50 v. H. der Belegschaft des Schreiberhagenschachtes, während der Erdreichschacht noch einfließt; doch ist auch dort die Lage drohend. Die Streikbewegung, die nicht einheitlich zu sein scheint, beschränkt sich jedoch nicht nur auf das südbliche Revier, vielmehr droht sie den ganzen Industriebezirk zu übersüßen.

Im Rattowitzer Revier streikt die Myslowitzgrube offenbar im Zusammenhang mit den gestrigen Vorgängen in Rattowitz. Bei der Ballistremverwaltung befindet sich die Brandenburggrube im Ausstand. Es wird hier die weitere Verlängerung der 7½stündigen Arbeitszeit gefordert, sicherlich nur ein Vorwand, um den politischen Charakter des Ausstandes zu verschleiern. Auf den drei anderen Ballistremischen Gruben wird noch gearbeitet, doch ist die Arbeitsniederlegung jede Stunde zu erwarten. Der Ausstand im Rosfelder Umschlaghafen ist beigelegt, ebenso die Bewegung unter den Arbeitern der Station Larnowik, dagegen dauert der Streik in der Rattowitzer Kleinindustrie an.

Eine Ueberrumpelung.

Von

Dr. S. Saffrow,

Professor an der Universität Berlin.

Im Schoße der Weimarer Nationalversammlung wird vor dem Auseinandergehen noch eine Ueberrumpelung geplant, auf die die Öffentlichkeit rechtzeitig aufmerksam gemacht werden muß.

Es ist der Versammlung die Arbeit einer Kommission vorgelegt worden, die in einem ganz ungewöhnlichen Gewande erscheint. Statt des schriftlichen Berichts und der vergleichenden Uebersicht von Regierungsvorlage und Kommissionsfassung erscheinen hier lediglich die Kommissionsbeschlüsse mit einer umfangreichen Tabelle, nach der der Leser sich die einzelnen Artikel in den beiden Fassungen herausuchen kann. Es wird weder gesagt, worin die Änderungen bestehen, noch auch, was zu ihrer Begründung angeführt worden ist. Alles dieses soll durch bloße „mündliche Berichterstattung“ erledigt werden.

Das Gesetz, das von einer ermüdeten Versammlung in dieser Art durchgepeitscht werden soll, ist nichts Geringeres als: die Verfassung des Deutschen Reiches.

Die Kommissionsfassung ist eine gänzlich neue Arbeit. Seit dem 4. März hat die Kommission im geheimen getagelt. Amtliche Berichte wurden nicht ausgegeben. Ihre Drucksachen wurden so geheim gehalten, daß sie nicht einmal auf dem sonst üblichen Wege der Vermittlung einzelner Kommissionsmitglieder zu erhalten waren. Aus den Parteiblättern ersah man, daß eine große Reihe weitgehender Abänderungsanträge gestellt und (wie auch nicht anders möglich) beständig Kompromisse geschlossen wurden. Ganze Abschnitte sind neu eingefügt, andere neu gegliedert und inhaltlich umgestaltet; in noch anderen Fällen ist aus kurzen Bestimmungen des Entwurfes ein ausführlicher neuer Abschnitt gemacht worden; so z. B. aus dem ursprünglichen Art. 30 über Glaubens- und Gewissensfreiheit der neue Abschnitt „Religion und Religionsgesellschaften“ (jetzige Art. 132—138). Im ganzen legt statt der 118 Artikel der Regierungsvorlage die Kommission dem Hause 173 Artikel vor. In die mündliche Berichterstattung sollen sich 13 Berichtstatter teilen. Ein wohl noch bei keinem Gesetzesentwurf vorgekommener Fall.

Daß die anderen Abgeordneten diesen dreizehn Berichtstatter in ihren Einzelheiten folgen, ist ausgeschlossen. Sie können ja den einzelnen Artikeln der jetzigen Drucksache Nr. 391 nicht einmal ansehen, was an ihnen alt, was an ihnen neu ist. Und wenn sie jedesmal mit Hilfe der Tabelle herausfinden sollen, in welchem Artikel der Regierungsvorlage (Nr. 59) derselbe Gegenstand behandelt und durch Nachschlagen feststellen sollen, wie er dort behandelt ist, so sind ihnen die gewichtigsten Kommissionsmitglieder längst vorgekommen, haben die Kosten der Debatte bestritten und diese selbst geschlossen. Ja, bei einem solchen Verfahren wird es kaum nötig sein, einen Antrag auf Schluß der Debatte zu stellen. Denn nachdem die ersten kritischen Redner sich in die Schlingen dieser Vorlage verfangen haben, wird jedem, der nicht Kommissionsmitglied war, wohl der Hochmut ausgeglichen sein, über eine Arbeit mitreden zu wollen, deren Unterlagen ihm zum häuslichen Studium vorenthalten werden und nur in Form eines „mündlichen Berichts“ während der Sitzung selbst an sein Ohr klingen.

Dieses ist auch jedenfalls der Zweck der Uebung. Man will eine jener Beratungen, wie sie im alten Reichstag das Interesse ertötet haben: eine bloße erneute Aussprache der Kommissionsmitglieder unter sich in dem Raume des Plenarsitzungsraales. Wenn unter den Parteien des Reichstages noch eine vorhanden ist, die zu diesem Verfahren ihre Zustimmung nicht gegeben hat, so hätte sie allen Anlaß, in der Plenarsitzung auf das geschäftsordnungsmäßig Bedenkliche dieses Vorgehens aufmerksam zu machen. Daß die Kommission eine für das Auge übersichtliche Vergleichung des ursprünglichen und des neuen Wortlauts (mit Hervorhebung der Änderungen durch fetten Druck) dem Hause vorlegt, ist eine so feststehende und selbstverständlich gewordene Uebung, daß man sie wohl als einen ungeschriebenen Bestandteil der Geschäftsordnung betrachten darf. War dies in dem vorliegenden Falle wegen der zahlreichen Umstellungen und sonstigen Umgestaltungen nicht möglich, so durfte erst recht die Kommission von ihrem Rechte, auf schriftliche Berichterstattung zu verzichten, keinen Gebrauch machen.

Dem ursprünglich im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Entwurf des Reichsministers Dr. Preuß war eine Denkschrift beigegeben, die eine eigenartige und geistig bedeutende Arbeit darstellte. Im Staatenausschuß (Bundesrat) bis zur Unkenntlichkeit umgearbeitet, erschien der Entwurf vor dem Reichstag ohne Begründung. Und als Preuß am Schluß der Sitzung des 24. Februar nach einem harten Tagesordnungs-